

Bundesratssitzung am 14. Februar 2014

Zur vollständigen **Tagesordnung** einschließlich aller **Drucksachen, Beschlüsse** usw. dieser Bundesratsplenarsitzung:

- [☞ Tagesordnung, Drucksachen und Beschlüsse](#)



919. Sitzung im Bundesrat
(© Bundesrat / Frank Bräuer)

Bundesrat nimmt Rentenversicherungsbericht zur Kenntnis (TOP 6)

Der Bundesrat hat in seiner 919. Sitzung den **Rentenversicherungsbericht 2013** zur Kenntnis genommen. Der Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung informiert insbesondere über die **Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben**, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie den jeweils **erforderlichen Beitragssatz in den künftigen 15 Kalenderjahren**.

In einer Rede übte der **sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Sven Morlok** Kritik an den Rentenplänen der Bundesregierung.

Bundesrat für die erfolgreiche Nutzung ehemaliger militärischer Liegenschaften (TOP 26)

Der Bundesrat möchte im Zusammenhang mit dem **neuen Stationierungskonzept der Bundeswehr** die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) dazu verpflichten, bei der Verwertung ehemaliger militärischer Liegenschaften auch **die strukturpolitischen Ziele von Bund, Ländern und Kommunen zu berücksichtigen**. Mit einem heute beschlossenen Gesetzentwurf will er eine entsprechende Klausel in die gesetzlichen Grundlagen der BImA einfügen.

Eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltig erfolgreiche Entwicklung von Liegenschaften sei, dass deren **Vermarktung nicht ausschließlich betriebswirtschaftlichen oder fiskalischen Parametern** folge. Vielmehr müsse eine den **kommunalen und regionalen Zielvorstellungen** entsprechende Nachnutzung auch dann möglich sein, wenn diese nicht zum »vollen Wert« zu realisieren sei. Nach bisheriger Rechtslage muss sich die Anstalt bei der Verwertung der Liegenschaften jedoch an kaufmännischen Grundsätzen orientieren und das Vermögen wirtschaftlich veräußern. Aus Sicht des Bundesrates bedarf es daher einer **Öffnungsklausel**, die die BImA dazu anhält, bei der Verwertung von Liegenschaften auch die **strukturpolitischen Ziele der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen**.

Der Gesetzentwurf wird nun der Bundesregierung zugeleitet, die ihn innerhalb von sechs Wochen an den Bundestag übermittelt und dabei ihre Auffassung darlegt. Der Beschluss entspricht einem Gesetzentwurf, den der Bundesrat bereits im Juni 2012 in den Bundestag eingebracht hatte. Dieser ist wegen des Ablaufs der 17. Wahlperiode jedoch der **Diskontinuität** unterfallen.

Bundesrat bekräftigt den Grundsatz der Freiwilligkeit der europäischen Bildungskooperation (TOP 9)

Der Bundesrat hat zum **Jahreswachstumsbericht 2014** der Europäischen Kommission Stellung genommen. In der Stellungnahme bezieht der Bundesrat eine **kritische Position** gegenüber dem Vorschlag der Kommission zur **Einführung vertraglicher Vereinbarungen in Verbindung mit der Vertiefung des Europäischen Semesters**.

Die Einführung von vertragliche Vereinbarungen zu **bildungspolitischen Maßnahmen**, verbunden mit einer **formalisierten Kontrolle, Überwachung, Bewertung und damit Steuerung durch die europäische Ebene**, verstieße nach Auffassung des Bundesrates **gegen den Grundsatz der Freiwilligkeit** der europäischen Bildungskooperation.

Auf Antrag des Freistaates Bayern, der **durch Sachsen** unterstützt wurde, forderte der Bundesrat **die Bundesregierung** auf, im Falle der Einführung eines solchen Instrumentes **keine vertraglichen Vereinbarungen** im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zu treffen.

Bundesrat für besseren Schutz von Kindern im Strafverfahren (TOP 15)

Der Bundesrat hat heute Stellung zu einer Vorlage genommen, mit der die Europäische Kommission EU-weit **gemeinsame Mindestvorschriften für die Rechte von Kindern** festlegen will, **die Verdächtige oder Beschuldigte in einem Strafverfahren sind**.

Er unterstützt das Ziel, **den Schutz von Kindern europaweit zu stärken**, vertritt jedoch die Auffassung, dass die Richtlinie **zum Teil zu weit gefasst** ist. Dies gelte zum Beispiel für das verankerte Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand. Die zwingende Ausgestaltung der Regelung erscheine **nicht sachgerecht und in zahlreichen Fällen nicht verhältnismäßig**.

Sie sollte daher nicht zwingend, sondern **differenziert ausgestaltet werden**. Auch die Vorschrift, nach der die audiovisuelle Aufzeichnung grundsätzlich jeder Befragung erforderlich ist, erscheint als zu weitgehend und nicht sachgerecht. Der Bundesrat **plädiert**

daher für eine Überarbeitung des Richtlinienvorschlags. Hierbei seien auch die Belange eines zügigen und effektiven Strafverfahrens, ein hohes Niveau der öffentlichen Sicherheit sowie ein wirksamer Opferschutzes zu berücksichtigen.

Bundesrat würdigt Freizügigkeit als wichtige Errungenschaft der europäischen Integration (TOP 17)

Der Bundesrat hat eine Vorlage der Europäischen Kommission beraten, in der diese die Rechte und Pflichten der Unionsbürger darstellt und die Bedingungen erläutert, unter denen ein **Anspruch auf Freizügigkeit, Sozialhilfe und Leistungen der sozialen Sicherheit** besteht. Der Bundesrat würdigte in einer Stellungnahme **die Freizügigkeit als eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Integration.** Eine verstärkte Mobilität der Arbeitskräfte stelle zudem einen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dar und fördere die politische Integration in der EU.

Der Bundesrat weist allerdings auch darauf hin, dass die aktuelle Zuwanderung **in den aufnehmenden Ländern zu Problemen führt**, die eine **gesamtgesellschaftliche Herausforderung** darstellen. Deshalb sei eine **finanzielle Unterstützung der Kommunen** bei der Bewältigung der Zuwanderungs- und Integrationsaufgaben seitens des Bundes notwendig.

Bundesrat begrüßt Klon-Verbot in der EU (TOP 19)

Der Bundesrat hat zwei Vorschläge der Europäischen Kommission beraten, mit denen sie **das Klonen von Tieren vorläufig verhindern will.** In seiner Stellungnahme begrüßt der Bundesrat die vorläufigen Verbote.

Mit ihren beiden Vorschlägen möchte die Europäische Kommission die EU-Mitgliedstaaten verpflichten, das Klonen von Tieren sowie das Inverkehrbringen von Klontieren und Klonembryonen zu untersagen. Zudem sollen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass **keine Lebensmittel von Klontieren in Verkehr gebracht werden.** Die Verbote sollen vorläufig gelten und sind unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen fortwährend zu überprüfen.